

Gute Arbeit und faire Mobilität in einem Europa des sozialen Fortschritts Strategie- und Aktionsplan des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina 2011-2014

Der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Viadrina hat sich seit seiner Gründung im Jahr 1996 für eine solidarische Entwicklung des Grenzraums in der Europäischen Union eingesetzt. Die Mitglieder des IGR leben die Idee des Ausgleichs und des Zusammenhalts der Nachbarländer und Nachbarregionen und haben mit ihrer Arbeit zum Zusammenwachsen des gemeinsamen Grenzraums beigetragen.

Die solidarische und ausgewogene Entwicklung des Grenzraums verlangt ein soziales Europa, in dem die wirtschaftliche und soziale Spaltung aktiv überwunden wird. In den nächsten Jahren muss Europa die Folgen der bisher größten Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungskrise überwinden, die richtigen Lehren ziehen um sich neu aufzustellen und es muss den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass nicht der Markt im Mittelpunkt steht, sondern die Menschen.

Doch der soziale Fortschritt in der Europäischen Union konnte mit der Entwicklung des Binnenmarktes nicht Schritt halten. Damit läuft die EU Gefahr, eher als Bedrohung denn als treibende Kraft für soziale Gerechtigkeit in Europa betrachtet zu werden.

Die Kürzungspolitik in den Ländern der Europäischen Union führt dazu, dass nicht die Verursacher der Krise, sondern die Bürgerinnen und Bürger die Kosten zahlen sollen. Durch die Kürzungen bei Investitionen, Bildung, Jugend, Sozialleistungen, Löhnen und Gehältern wird die Zukunft der Menschen massiv gefährdet und die wirtschaftliche und soziale Spaltung in Europa weiter verschärft.

Wir fordern daher eine wirksame Verpflichtung der Europäischen Union auf den sozialen Fortschritt. Wir setzen der sich verschärfenden Konkurrenz den Grundsatz der Solidarität in einem erneuerten Europa entgegen. Unser Ziel ist die Sicherung von guter Arbeit und fairer Mobilität in einem sozialen Europa. Damit verbinden wir wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitische Zielstellungen und Handlungsfelder.

Der Interregionale Gewerkschaftsrat Viadrina arbeitet mit den nationalen Gewerkschaftsbünden und ihren Gliederungen sowie dem Europäischen Gewerkschaftsbund eng zusammen.

Nicht hinnehmbar ist für uns das Erstarken rechtsextremistischer Einstellungen und Gruppierungen in Europa und im Grenzraum. Dem werden wir weiterhin grenzüberschreitend entschieden entgegenzutreten.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- ❑ Verbreitung der interregionalen Initiativen durch die Verbesserung der Kommunikation mit den zentralen Vorständen der Gewerkschaften,
- ❑ Intensivierung der Zusammenarbeit der Interregionalen Gewerkschaftsräte mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund,
- ❑ Stärkung der Position der Interregionalen Gewerkschaftsräte gegenüber der Europäischen Kommission,
- ❑ Bekämpfung des Rechtsextremismus durch gemeinsame Aktionen.

Strukturpolitik

Die Situation

1. Ziel der europäischen Strukturpolitik ist die Verringerung der bestehenden Unterschiede des ökonomischen Entwicklungsstandes der einzelnen Regionen und die Überwindung der Arbeitslosigkeit. Angesichts bestehender Rückstände im Grenzraum bezüglich der Wirtschaftsstruktur, der FuE-Kapazitäten, der Beschäftigungsquoten und der Beteiligung am lebenslangen Lernen besteht akuter Handlungsbedarf.
2. Bei der Gestaltung des strukturellen Wandels im Grenzraum setzt der Interregionale Gewerkschaftsrat auf die Entwicklung und Stabilisierung regionaler Netzwerke und Cluster.
3. Angesichts ähnlicher Problemlagen können regionale Strategien nicht mehr an den Grenzen enden. In den Grenzräumen müssen interregionale strukturpolitische Strategien entwickelt und umgesetzt werden, die das Ziel einer nachhaltigen und zukunftsorientierten Entwicklung verfolgen. Entwicklungsfortschritte in einer Region dürfen nicht zu Rückschritten bzw. Problemen in der benachbarten Region führen.
4. Eine moderne interregionale Strukturpolitik braucht umfassende grenzüberschreitende Regionalentwicklungskonzepte in unserer Grenzregion, welche unter anderem die Entwicklung der Wirtschaftsbranchen, des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, die demographische Entwicklung sowie Aspekte der Sozialraumplanung umfassen. Als erster Schritt ist es dringend erforderlich, die defizitäre Datenlage auf Ebene des Grenzraums bezüglich Bevölkerungsprognosen, Schulabgängerzahlen, Arbeitskräftebedarf der Unternehmen, der grenzüberschreitenden Mobilität von Arbeitnehmer/innen (Grenzgänger/innen, Entsandten, Saisonarbeiter/innen etc.) zu verbessern.
5. Die Regionalentwicklungskonzepte sollen in eine Strategie für die Grenzregion Brandenburg - Lubuskie 2020 münden. Dazu fordern wir die Einrichtung eines Wirtschafts- und Sozialausschusses aus Vertreter/innen der Regierungen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeber. Dieser soll zur kontinuierlichen Erörterung grenzüberschreitender Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven, zur Entwicklung konkreter Ziele, zur Evaluierung der Ergebnisse und Anpassung der Strategien dienen. Damit kann ein wesentliches Defizit der Lissabonstrategie, die fehlende Beteiligung (ownership) der regionalen Ebene und der Sozialpartner, aufgehoben werden. Die Grenzregion Brandenburg - Lubuskie kann damit vor Ort, sozialpartnerschaftlich und grenzüberschreitend zur konkreten Umsetzung der Strategie „Europa 2020“ beitragen.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- Initiativen für die Entwicklung einer Strategie „Viadrina 2020“
- Bilaterale Veranstaltung zur Entwicklung der Strategie „Viadrina 2020“,
- Unterstützung des sozialen Dialogs im Grenzraum Brandenburg - Lubuskie,
- Verbesserung der Datenlage des Grenzraums
- Einbinden der Regionalentwicklungskonzepte in eine Strategie für die Grenzregion Brandenburg - Lubuskie 2020
- Entwicklung von Modellprojekten zur Gestaltung des grenzüberschreitenden Wirtschafts- und Arbeitsraums von Arbeitnehmer/innenseite,

- Stärkung regionalpolitischer Ansätze in den Haushaltsdebatten der EU und der Länder,
- Mitbestimmung bei der Ausgestaltung der EU-Strukturfonds nach 2013.

Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen

Die Situation

1. Der Kürzungskurs der Regierungen in Deutschland und Polen wird die miserable Finanzsituation der öffentlichen Daseinsvorsorge weiter verschärfen und der Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen weiter vorantreiben. Einrichtungen der staatlichen und kommunalen Daseinsvorsorge werden zunehmend aus dem öffentlichen Sektor ausgegliedert: Post und Telekommunikation, Verkehrs- und Versorgungsbetriebe, Krankenhäuser, Sicherheitsdienste etc. Das hat Auswirkungen sowohl auf die Dienstleistungsqualität als auch auf die Arbeits- und Mitbestimmungsbedingungen in den Unternehmen.
2. Wir als Gewerkschaften halten öffentliche Dienstleistungen aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für unverzichtbar und für den Zusammenhalt der Regionen in Europa notwendig. Sie müssen eine hohe Qualität haben, für alle zugänglich und bezahlbar sein.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- Unterstützung der europaweiten Aktivitäten des Europäischen Gewerkschaftsbundes
- Gegenseitige Information über Finanzreformen, die Sozial- und Steuerpolitik in den zwei Ländern,
- Sektoraler Dialog zur Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen (z.B. Krankenhäuser, grenzüberschreitende nachhaltige Verkehrspolitik) – Forderung nach Überprüfung und Revidierung der bisherigen Liberalisierungspolitik

Beschäftigungspolitik

Die Situation

1. Die in der Lissabonstrategie bis 2010 formulierten Ziele zur Erhöhung der Beschäftigungsquote auf 70% aller Erwerbsfähiger, 60% der Frauen und 50% der Älteren, wurde in der Grenzregion Brandenburg - Lubuskie verfehlt. Vielmehr hat sich der Trend zu unsicherer und schlecht bezahlter Arbeit verstärkt. Zeitarbeit und prekäre Beschäftigung haben zugenommen.
2. Mit der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde die Schutzlosigkeit bestimmter Beschäftigter wie Zeitarbeiter/innen und mobiler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer offensichtlich. Sie verloren als erste ihre Arbeit und es setzte eine Rückwanderung quer durch Europa ein. Statt Lehren aus der Krise zu ziehen und für mehr soziale Sicherheit zu sorgen, setzen die Regierungen auf noch mehr Flexibilität und weniger soziale Sicherheit. Prekäre Beschäftigung und Leiharbeit erleben gegenwärtig einen neuen Aufschwung.

3. Eine Reihe von Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs hat zu einer Verschlechterung des Schutzes grenzüberschreitend tätiger Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geführt, indem Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte eingeschränkt und die Entsenderichtlinie ins Gegenteil verkehrt wurde. Die Gewerkschaften fordern daher eine wirksame Verpflichtung der EU auf den sozialen Fortschritt, damit im Konfliktfall soziale Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben. Die Entsenderichtlinie muss entsprechend ihrer ursprünglichen Ausrichtung wieder zum Mindeststandard werden, der nationale Tarifsysteme respektiert. Bezogen auf die Europäisierung der Arbeitsmärkte braucht die Strategie Europa 2020 eine klare soziale Ausrichtung für ein Europa mit gerechten Arbeitsstandards, mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ein Bekenntnis für gute und menschenwürdige Arbeit.
4. Die Gewerkschaften stellen das Arbeitsortprinzip nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ sowie das Konzept der „Guten Arbeit“ und der „Fairen Mobilität“ bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in den Vordergrund. Der Wettbewerb zwischen Regionen und Unternehmen darf nicht zu Lasten der Beschäftigten ausgetragen werden, indem er zu einer Abwärtsspirale bei den Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards führt. Die bestehenden Standards müssen für alle Beschäftigten, gleich welcher Herkunft gelten.
5. Mit der Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit am 1. Mai 2011 wird sich das Interesse an der grenzüberschreitenden Beschäftigung in der Grenzregion Brandenburg - Lubuskie erhöhen. Unterschiede in der Entlohnung sowie den Arbeits- und Sozialstandards treffen hier direkt aufeinander die Gestaltung von Arbeitnehmermobilität unter fairen Bedingungen wird eine zentrale Herausforderung.
6. Die Europäische Kommission und das Europäische Parlament werden aufgefordert, die Informations- und Beratungsangebote der Gewerkschaften in den EURES-Grenzpartnerschaften und grenzüberschreitenden Aktivitäten stärker zu fördern. Das Land Brandenburg wird aufgefordert, im Rahmen der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie spezifische Informations- und Beratungsangebote selbst bereitzustellen oder finanziell zu fördern.
7. Zum Schutz von mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie von Unternehmen vor Dumping und unfairem Wettbewerb, ist in Deutschland die Ausweitung des Entsendegesetzes auf alle Branchen sowie die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro dringend erforderlich. Mit effektiven Kontrollen muss die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards am Arbeitsort für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, gleich welcher Herkunft sichergestellt werden. In die Vergabegesetze müssen Klauseln zur Einhaltung von Tarifverträgen, Mindestlöhnen und ILO-Normen aufgenommen werden.
8. Eine besonders hohe Gefahr des Sozialdumpings besteht beim grenzüberschreitenden Einsatz von Zeit- bzw. Leiharbeiter/innen. Um Leiharbeiter/innen und die Stammbeschafteten vor Arbeits- und Sozialdumping zu schützen, muss das Prinzip „Equal Pay“, zumindest aber die schnelle Aufnahme der Mindestlohn tarifverträge der DGB-Gewerkschaften in das Entsendegesetz, die Kontrolle der Einhaltung im Zielland, die Stärkung der Mitspracherechte der Betriebsräte / gewerkschaftlichen Grundorganisationen in den Entleih- und Verleihbetrieben erfolgen.
9. Die ins Ausland vermittelnden Arbeitsverwaltungen sollten bei der grenzüberschreitenden Vermittlung besonderes Augenmerk auf die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in den Zielunternehmen legen. Die Vermittlung in Beschäftigung mit sittenwidrigen Löhnen muss selbstverständlich ausgeschlossen werden.

10. Experten beklagen bereits heute fehlende Fachkräfte in bestimmten Branchen. Sie fürchten einen Rückgang von Investitionen in der Region aufgrund fehlender Fachkräfte. Fachkräftelücken bestehen bereits im Bereich Gesundheitswesen und Pflege. Hinsichtlich der Beschäftigung von ausländischen Fachkräften in Brandenburg gehen wir davon aus, dass diese zwar im Einzelfall Fachkräftelücken in Brandenburg schließen können, jedoch grundsätzlich von einer Abwerbung von Fachkräften aus den Nachbarländern zugunsten einer nachhaltigen Personalentwicklung im eigenen Land abgesehen werden sollte.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- Aktivitäten zur Durchsetzung von „Guter Arbeit“ und die Beseitigung schlechter Arbeitsbedingungen in der Grenzregion,
- Information und Beratung zu Arbeits- und Sozialstandards in Deutschland und Polen,
- Aktivitäten zur Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards in der Grenzregion Brandenburg - Lubuskie
- Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer, die / der Mitglieder einer Gewerkschaft ist, hat das Recht auf Vertretung ihrer / seiner Interessen durch eine Gewerkschaft am Beschäftigungsort,
- Kontinuierliche Beobachtung des Arbeitsmarktes im Grenzraum, grenzüberschreitende Analysen und Regionalentwicklungsplanung
- Grenzüberschreitende Maßnahmen zur Eindämmung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung,
- grenzüberschreitende Fachkräfteentwicklung sowie Entwicklung und Durchführung von Modellvorhaben zur Fachkräfteentwicklung,
- Wissensaustausch und Entwicklung von Initiativen zum Vergaberecht
- Intensivierung des Dialog mit dem EURES-Netzwerk

Perspektiven für die Jugend schaffen

Die Situation

1. In Brandenburg und Lubuskie sind junge Menschen mit ähnlichen Problemlagen konfrontiert wie junge Menschen europaweit: prekäre Beschäftigung, Jugendarbeitslosigkeit, Diskriminierung durch schlechtere Bezahlung, schlechtere soziale Absicherung und höhere Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz. In den zurückliegenden Jahren haben viele Jugendliche die Region aufgrund dieser Entwicklung verlassen, um in anderen europäischen Regionen Ausbildung und Arbeit zu finden. In Brandenburg geht diese Abwanderung mit niedrigen Geburtenzahlen einher, was bereits zu einer deutlichen Änderung der Altersstruktur der Gesellschaft geführt. Auch in Polen wird in den kommenden Jahren der Anteil der Jugendlichen an der Bevölkerung sinken. Jugendliche und junge Arbeitnehmer/innen gehören zur mobilsten Bevölkerungsgruppe der Grenzregion Brandenburg - Lubuskie.
2. Für die Beschäftigung im Grenzraum müssen die eigenen nationalen Aufgaben bezüglich Erstausbildung, betrieblicher Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitslosen erledigt werden. Die Abwerbung qualifizierter Arbeitnehmer/innen aus Nachbargebieten wird perspektivisch zu Problemen in diesen Regionen führen, da dort aufgrund der gleichen Schwerpunktbranchen ähnliche Fachkräftebedarfe bestehen.

3. Angesichts der demographischen Entwicklung in der Grenzregion sollten vielmehr grenzüberschreitende Ansätze entwickelt werden, um junge Menschen in der Region zu halten. Wesentliche Aspekte sind die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die Verbesserung der Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen für junge Menschen.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- Ausbau der kontinuierlichen Zusammenarbeit der Gewerkschaftsjugend,
- Information zu Arbeits- und Sozialstandards beider Länder,
- Initiativen zur Umsetzung der komplikationslosen europaweiten Anerkennung von Schul-, Berufs- und Studienabschlüssen,
- Aktiv werden für eine bessere Transparenz und Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen,
- Entwicklung jugendgerechter Methoden zur Mitgliedergewinnung,

Sektorale Vernetzung der Gewerkschaften und betrieblichen Arbeitnehmervertretungen

Die Situation

1. Auf dem Gebiet des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina ist die sektorale Vernetzung der Gewerkschaften und betrieblichen Arbeitnehmervertretungen in den vergangenen Jahren weit fortgeschritten. Als Beispiele sind die Textilindustrie, das Gesundheitswesen, die Metallbranche und der Verkehrssektor zu nennen. Im Rahmen dieser sektoralen Aktivitäten haben sich Netzwerke herausgebildet, die sowohl betriebliche als auch struktur- und beschäftigungspolitische Problemstellungen bearbeiten. Der Soziale Dialog hat damit im Grenzraum an Bedeutung gewonnen.
2. Zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse müssen wesentlich die Tarifabschlüsse der kommenden Jahre beitragen. Der Tarifabschluss in der deutschen Stahlindustrie und die darin enthaltene Verpflichtung zur Gleichstellung von Leiharbeiter/innen und Stammebelegschaft, ist ein gutes Beispiel für die Gestaltungsmöglichkeiten der Gewerkschaften. Der Austausch und die Unterstützung in der Tarifpolitik werden grenzüberschreitend verstärkt.

Aktivitäten des Interregionalen Gewerkschaftsrates Viadrina

- Austausch über die Ziele und Strategien der Tarifpolitik in den Ländern,
- Stärkung und Ausbau der sektoralen Vernetzung in der Grenzregion Brandenburg - Lubuskie,
- Unterstützung der Gewerkschaften bei der Gewinnung von Fördermitteln,
- Vermittlung von Branchenkontakten und betrieblichen Kontakten.

So beschlossen von der 6. ordentlichen Konferenz
des Interregionalen Gewerkschaftsrates – IGR Viadrina
am 16. April 2011 in Frankfurt (Oder)